

MySPARTA AG, Hannover

Jahresabschluss zum 31. Dezember 2007

Inhaltsverzeichnis

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Bilanz zum 31. Dezember 2007

Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 2007

Anhang zum Jahresabschluss 2007

Bericht 2007 des Vorstandes über Beziehungen zu verbundenen Unternehmen gemäß § 312 AktG

Allgemeine Auftragsbedingungen in der Fassung vom 1. Januar 2002

Der nachfolgend wiedergegebene Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers bezieht sich auf die geprüfte vollständige Fassung des Jahresabschlusses.

Maßgeblich für die Berichterstattung über die Jahresabschlussprüfung ist allein der Prüfbericht des Abschlussprüfers in der unterzeichneten Originalfassung.

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

„An die MySPARTA AG, Hannover:

Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung der MySPARTA AG, Hannover für das Geschäftsjahr vom 01. Januar 2007 bis 31. Dezember 2007 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung des Jahresabschlusses nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften liegen in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsgemäßer Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung und Jahresabschluss überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft.

Ohne diese Beurteilung einzuschränken, weisen wir darauf hin, dass die Opportunity Investment Management PLC, London / Großbritannien, sich verpflichtet hat, die notwendigen Schritte und Maßnahmen zu ergreifen, um der Gesellschaft ausreichende Mittel zur Vermeidung einer Überschuldung oder Zahlungsunfähigkeit zur Verfügung zu stellen. Bei der Bilanzierung und Bewertung wurde unter

Berücksichtigung dieser Verpflichtung von der Fortführung der Gesellschaft
ausgegangen.“

Duisburg, 27. März 2009

RHEIN-EMSCHER
Revisionsgesellschaft mbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Dipl.-Fw. Heribert Klein
Wirtschaftsprüfer

ppa. Dipl.-Bw. (FH) Markus Duckheim
Wirtschaftsprüfer

MySPARTA AG, Hannover

Bilanz zum 31.12.2007

(mit Vergleichszahlen zum 31.12.2006)

AKTIVA

	<u>31.12.2007</u>	<u>31.12.2006</u>		<u>31.12.2007</u>	<u>31.12.2006</u>
	€	€		€	€
A. Umlaufvermögen			A. Eigenkapital		
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände			I. Gezeichnetes Kapital	1.096.875,00	1.096.875,00
Sonstige Vermögensgegenstände	0,00	1.130,34	II. Kapitalrücklage	24.771,57	24.771,57
II. Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	<u>1.167,87</u>	<u>3.007,01</u>	III. Bilanzverlust, soweit durch Eigenkapital gedeckt	<u>-1.121.646,57</u>	<u>-1.121.646,57</u>
	<u>1.167,87</u>	<u>4.137,35</u>		0,00	0,00
B. Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	<u>345.160,44</u>	<u>320.067,91</u>	B. Rückstellungen		
			Sonstige Rückstellungen	<u>5.000,00</u>	<u>5.000,00</u>
			C. Verbindlichkeiten		
			1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	12.683,79	12.835,47
			2. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	36.793,75	36.793,75
			3. Sonstige Verbindlichkeiten	<u>291.850,77</u>	<u>269.576,04</u>
				<u>341.328,31</u>	<u>319.205,26</u>
	<u>346.328,31</u>	<u>324.205,26</u>		<u>346.328,31</u>	<u>324.205,26</u>

MySPARTA AG, Hannover

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 01.01.2007 bis 31.12.2007

(mit Vergleichszahlen vom 01.01.2006 bis 31.12.2006)

	<u>2 0 0 7</u>	<u>2 0 0 6</u>
	€	€
1. Sonstige betriebliche Erträge	2.508,03	0,00
2. Sonstige betriebliche Aufwendungen	<u>9.756,93</u>	<u>104.766,18</u>
3. Betriebsergebnis	-7.248,90	-104.766,18
4. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	<u>17.843,63</u>	<u>13.830,69</u>
5. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit / Jahresfehlbetrag	-25.092,53	-118.596,87
6. Verlustvortrag aus dem Vorjahr	<u>-1.441.714,48</u>	<u>-1.323.117,61</u>
7. Bilanzverlust	<u><u>-1.466.807,01</u></u>	<u><u>-1.441.714,48</u></u>

MySPARTA AG, Hannover

Anhang zum 31.12.2007

Grundlagen und Methoden

Allgemeines

Der Jahresabschluss der MySPARTA AG für das Geschäftsjahr 2007 wurde nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches und des Aktiengesetzes durch den Vorstand der Gesellschaft aufgestellt.

Die Aktien der Gesellschaft werden an der Stuttgarter und Hamburger Börse im Freiverkehr gehandelt. Damit nimmt die Gesellschaft keinen organisierten Markt im Sinne des § 2 Abs. 5 WpHG in Anspruch und ist somit als kleine Kapitalgesellschaft im Sinne von § 267 HGB einzustufen.

Die Gesellschaft nimmt als kleine Kapitalgesellschaft gemäß § 267 Abs. 1 HGB die größenabhängigen Erleichterungen des § 288 HGB in Anspruch. Gemäß § 264 Abs. 1 S. 3 HGB stellt sie keinen Lagebericht auf. Von den größenabhängigen Erleichterungen bezüglich der Form der Darstellung wurde Gebrauch gemacht.

Bei der Bilanzierung und Bewertung wurde – auf Grund der geplanten zukünftigen Neuausrichtung der Gesellschaft – von der Fortführung des Unternehmens gemäß § 252 HGB Abs. 1 Nr. 2 HGB ausgegangen.

Die MySPARTA AG wird als Gesellschaft in den Konzernabschluss der Opportunity Investment Management PLC London, Großbritannien, einbezogen.

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden werden nach den bisherigen Grundsätzen unter Beachtung der allgemeinen Bestimmungen der §§ 252 bis 256 HGB sowie der Sondervorschriften für Kapitalgesellschaften gem. §§ 279 bis 283 HGB fortgeführt.

Forderungen werden unter Berücksichtigung aller erkennbaren Risiken bewertet.

Rückstellungen werden für alle ungewissen Verbindlichkeiten gebildet. Dabei werden alle erkennbaren Risiken berücksichtigt.

Verbindlichkeiten werden zum Rückzahlungsbetrag angesetzt.

Einzelerläuterungen**Angaben zur Bilanz**

Das Grundkapital ist wie folgt eingeteilt:

Stückaktien (1.096.875 Inhaberstückaktien zu je EUR 1,00)	€ 1.096.875,00
---	----------------

Angabe des in den Bilanzverlust einbezogenen Verlustvortrages:

Zusammensetzung:	€
Verlustvortrag zum 31.12.2006	1.441.714,48
Jahresfehlbetrag 2007	<u>25.092,53</u>
Bilanzverlust per 31.12.2007	<u><u>1.466.807,01</u></u>

Anlage 1.3

Rückstellungsspiegel:	€
01.01.2007	5.000,00
Verbrauch	2.690,28
Auflösung	2.309,72
Zuführung	<u>5.000,00</u>
31.12.2007	<u><u>5.000,00</u></u>

Verbindlichkeitsspiegel per 31.12.2007:

	Restlaufzeit			Gesamt
	bis zu	2-5 Jahre	über	
	einem Jahr:	€	5 Jahre	
	€	€	€	€
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	12.683,79	0,00	0,00	12.683,79
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen verbundene Unternehmen	36.793,75	0,00	0,00	36.793,75
Sonstige Verbindlichkeiten	<u>291.850,77</u>	<u>0,00</u>	<u>0,00</u>	<u>291.850,77</u>
	<u><u>341.328,31</u></u>	<u><u>0,00</u></u>	<u><u>0,00</u></u>	<u><u>341.328,31</u></u>

Angaben zur Gewinn- und Verlustrechnung

Die vorliegende Gewinn- und Verlustrechnung wurde nach dem Gesamtkostenverfahren (§275 Abs. 2 HGB) aufgestellt.

Sonstige Angaben

Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung und Anhang geben entsprechend den gesetzlichen Vorschriften grundsätzlich die wirtschaftliche Lage wieder.

Die Opportunity Investment Management PLC, London/Großbritannien, hat sich verpflichtet, alle notwendigen Schritte und Maßnahmen zu ergreifen, um ausreichende finanzielle Mittel der Gesellschaft bereitzustellen, um die Überschuldung und Zahlungsunfähigkeit der Gesellschaft zu vermeiden. Die Gesellschaft ist unter Berücksichtigung dieser Verpflichtung bei der Bilanzierung von der Fortführung der Gesellschaft ausgegangen.

Angaben über die Mitglieder der Unternehmensorgane während des abgelaufenen Geschäftsjahres:

Vorstand:

- Dr. J.E. Haag, geb. 17.06.1947, Unternehmensberater,
De Regent 312, NL-5611 HW Eindhoven
- Wolfgang Gallin, geb. 06.11.1961, Kaufmann, ausgeschieden am 30.04.2007, Datum der Handelsregistereintragung 20.06.2007
- Michael Hartung, geb. 13.04.1963, Kaufmann, ausgeschieden am 10.09.2007, Datum der Handelsregistereintragung 08.04.2008

Aufsichtsrat:

- Rainer Bartsch-Pago, Kaufmann, Erich-Böger-Str. 15, 53127 Bonn, Vorsitzender
(GTI AG, Mitglied des Aufsichtsrates)
- David Halliday, Managing Director der Stryker GmbH & Co. KG, Vennstraße 100, 40627 Düsseldorf
(Keine weiteren Mitgliedschaften)
- Stefan Schmid, Unternehmensberater, Birkenpflanzstraße 11, 70599 Stuttgart
(Lagerland AG i.L., Mitglied des Aufsichtsrates)

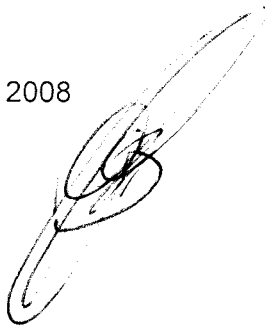
Abhängigkeitsbericht

Der Vorstand erklärt gemäß § 312 Abs. 3 AktG:

Berichtspflichtige Maßnahmen sind im Geschäftsjahr 2007 weder getroffen noch unterlassen worden.

Hannover, im September 2008

MySPARTA AG
(gez. der Vorstand)

A handwritten signature in black ink, consisting of several loops and a long horizontal stroke at the end, positioned to the right of the company name.

MySparta AG

**Bericht 2007 des Vorstands über Beziehungen zu verbundenen
Unternehmen gemäß § 312 AktG**

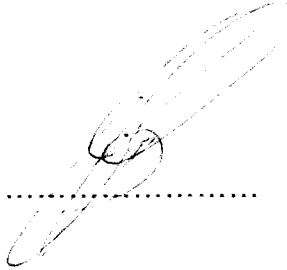
Aufgrund des § 17 Abs. 1 AktG ist die MySparta AG ein abhängiges Unternehmen. Die Opportunity Investment Management Plc verfügt über 75,02 % des Aktienkapitals der MySparta AG. Gemäß § 15 AktG handelt es sich um ein verbundenen Unternehmen.

Der Vorstand erklärt gemäß § 312 Abs. 3 AktG:

Berichtspflichtige Maßnahmen sind im Geschäftsjahr 2007 weder getroffen noch unterlassen worden.

Hannover, im März 2008

.....
Dr. J.E. Haag



(1) Die Auftragsbedingungen gelten für die Verträge zwischen Wirtschaftsprüfern oder Wirtschaftsprüfungsgesellschaften (im nachstehenden zusammenfassend „Wirtschaftsprüfer“ genannt) und ihren Auftraggebern über Prüfungen, Beratungen und sonstige Aufträge, soweit nicht etwas anderes ausdrücklich schriftlich vereinbart oder gesetzlich zwingend vorgeschrieben ist.

(2) Werden im Einzelfall ausnahmsweise vertragliche Beziehungen auch zwischen dem Wirtschaftsprüfer und anderen Personen als dem Auftraggeber begründet, so gelten auch gegenüber solchen Dritten die Bestimmungen der nachstehenden Nr. 9.

(1) Gegenstand des Auftrages ist die vereinbarte Leistung, nicht ein bestimmter wirtschaftlicher Erfolg. Der Auftrag wird nach den Grundsätzen ordnungsmäßiger Berufsausübung ausgeführt. Der Wirtschaftsprüfer ist berechtigt, sich zur Durchführung des Auftrages sachverständiger Personen zu bedienen.

(2) Die Berücksichtigung ausländischen Rechts bedarf – außer bei betriebswirtschaftlichen Prüfungen – der ausdrücklichen schriftlichen Vereinbarung.

(3) Der Auftrag erstreckt sich, soweit er nicht darauf gerichtet ist, nicht auf die Prüfung der Frage, ob die Vorschriften des Steuerrechts oder Sondervorschriften, wie z. B. die Vorschriften des Preis-, Wettbewerbsbeschränkungs- und Bewirtschaftungsrechts beachtet sind; das gleiche gilt für die Feststellung, ob Subventionen, Zulagen oder sonstige Vergünstigungen in Anspruch genommen werden können. Die Ausführung eines Auftrages umfaßt nur dann Prüfungshandlungen, die gezielt auf die Aufdeckung von Buchfälschungen und sonstigen Unregelmäßigkeiten gerichtet sind, wenn sich bei der Durchführung von Prüfungen dazu ein Anlaß ergibt oder dies ausdrücklich schriftlich vereinbart ist.

(4) Ändert sich die Rechtslage nach Abgabe der abschließenden beruflichen Äußerung, so ist der Wirtschaftsprüfer nicht verpflichtet, den Auftraggeber auf Änderungen oder sich daraus ergebende Folgerungen hinzuweisen.

(1) Der Auftraggeber hat dafür zu sorgen, daß dem Wirtschaftsprüfer auch ohne dessen besondere Aufforderung alle für die Ausführung des Auftrages notwendigen Unterlagen rechtzeitig vorgelegt werden und ihm von allen Vorgängen und Umständen Kenntnis gegeben wird, die für die Ausführung des Auftrages von Bedeutung sein können. Dies gilt auch für die Unterlagen, Vorgänge und Umstände, die erst während der Tätigkeit des Wirtschaftsprüfers bekannt werden.

(2) Auf Verlangen des Wirtschaftsprüfers hat der Auftraggeber die Vollständigkeit der vorgelegten Unterlagen und der gegebenen Auskünfte und Erklärungen in einer vom Wirtschaftsprüfer formulierten schriftlichen Erklärung zu bestätigen.

Der Auftraggeber steht dafür ein, daß alles unterlassen wird, was die Unabhängigkeit der Mitarbeiter des Wirtschaftsprüfers gefährden könnte. Dies gilt insbesondere für Angebote auf Anstellung und für Angebote, Aufträge auf eigene Rechnung zu übernehmen.

Hat der Wirtschaftsprüfer die Ergebnisse seiner Tätigkeit schriftlich darzustellen, so ist nur die schriftliche Darstellung maßgebend. Bei Prüfungsaufträgen wird der Bericht, soweit nichts anderes vereinbart ist, schriftlich erstattet. Mündliche Erklärungen und Auskünfte von Mitarbeitern des Wirtschaftsprüfers außerhalb des erteilten Auftrages sind stets unverbindlich.

Der Auftraggeber steht dafür ein, daß die im Rahmen des Auftrages vom Wirtschaftsprüfer gefertigten Gutachten, Organisationspläne, Entwürfe, Zeichnungen, Aufstellungen und Berechnungen, insbesondere Massen- und Kostenberechnungen, nur für seine eigenen Zwecke verwendet werden.

(1) Die Weitergabe beruflicher Äußerungen des Wirtschaftsprüfers (Berichte, Gutachten und dgl.) an einen Dritten bedarf der schriftlichen Zustimmung des Wirtschaftsprüfers, soweit sich nicht bereits aus dem Auftragsinhalt die Einwilligung zur Weitergabe an einen bestimmten Dritten ergibt.

Gegenüber einem Dritten haftet der Wirtschaftsprüfer (im Rahmen von Nr. 9) nur, wenn die Voraussetzungen des Satzes 1 gegeben sind.

(2) Die Verwendung beruflicher Äußerungen des Wirtschaftsprüfers zu Werbezwecken ist unzulässig; ein Verstoß berechtigt den Wirtschaftsprüfer zur fristlosen Kündigung aller noch nicht durchgeführten Aufträge des Auftraggebers.

(1) Bei etwaigen Mängeln hat der Auftraggeber Anspruch auf Nacherfüllung durch den Wirtschaftsprüfer. Nur bei Fehlschlagen der Nacherfüllung kann er auch Herabsetzung der Vergütung oder Rückgängigmachung des Vertrages verlangen; ist der Auftrag von einem Kaufmann im Rahmen seines Handelsgewerbes, einer juristischen Person des öffentlichen Rechts oder von einem öffentlich-rechtlichen Sondervermögen erteilt worden, so kann der Auftraggeber die Rückgängigmachung des Vertrages nur verlangen, wenn die erbrachte Leistung wegen Fehlschlagens der Nacherfüllung für ihn ohne Interesse ist. Soweit darüber hinaus Schadensersatzansprüche bestehen, gilt Nr. 9.

(2) Der Anspruch auf Beseitigung von Mängeln muß vom Auftraggeber unverzüglich schriftlich geltend gemacht werden. Ansprüche nach Abs. 1, die nicht auf einer vorsätzlichen Handlung beruhen, verjähren nach Ablauf eines Jahres ab dem gesetzlichen Verjährungsbeginn.

(3) Offenbare Unrichtigkeiten, wie z. B. Schreibfehler, Rechenfehler und formelle Mängel, die in einer beruflichen Äußerung (Bericht, Gutachten und dgl.) des Wirtschaftsprüfers enthalten sind, können jederzeit vom Wirtschaftsprüfer auch Dritten gegenüber berichtigt werden. Unrichtigkeiten, die geeignet sind, in der beruflichen Äußerung des Wirtschaftsprüfers enthaltene Ergebnisse in Frage zu stellen, berechtigen diesen, die Äußerung auch Dritten gegenüber zurückzunehmen. In den vorgenannten Fällen ist der Auftraggeber vom Wirtschaftsprüfer tunlichst vorher zu hören.

(1) Für gesetzlich vorgeschriebene Prüfungen gilt die Haftungsbeschränkung des § 323 Abs. 2 HGB.

(2) Haftung bei Fahrlässigkeit, Einzelner Schadensfall

Falls weder Abs. 1 eingreift noch eine Regelung im Einzelfall besteht, ist die Haftung des Wirtschaftsprüfers für Schadensersatzansprüche jeder Art, mit Ausnahme von Schäden aus der Verletzung von Leben, Körper und Gesundheit, bei einem fahrlässig verursachten einzelnen Schadensfall gem. § 54 a Abs. 1 Nr. 2 WPO auf 4 Mio. € beschränkt; dies gilt auch dann, wenn eine Haftung gegenüber einer anderen Person als dem Auftraggeber begründet sein sollte. Ein einzelner Schadensfall ist auch bezüglich eines aus mehreren Pflichtverletzungen stammenden einheitlichen Schadens gegeben. Der einzelne Schadensfall umfaßt sämtliche Folgen einer Pflichtverletzung ohne Rücksicht darauf, ob Schäden in einem oder in mehreren aufeinanderfolgenden Jahren entstanden sind. Dabei gilt mehrfaches auf gleicher oder gleichartiger Fehlerquelle beruhendes Tun oder Unterlassen als einheitliche Pflichtverletzung, wenn die betreffenden Angelegenheiten miteinander in rechtlichem oder wirtschaftlichem Zusammenhang stehen. In diesem Fall kann der Wirtschaftsprüfer nur bis zur Höhe von 5 Mio. € in Anspruch genommen werden. Die Begrenzung auf das Fünffache der Mindestversicherungssumme gilt nicht bei gesetzlich vorgeschriebenen Prüfungen.

(3) Ausschußfristen

Ein Schadensersatzanspruch kann nur innerhalb einer Ausschußfrist von einem Jahr geltend gemacht werden, nachdem der Anspruchsberechtigte von dem Schaden und von dem anspruchsbegründenden Ereignis Kenntnis erlangt hat, spätestens aber innerhalb von 5 Jahren nach dem anspruchsbegründenden Ereignis. Der Anspruch erlischt, wenn nicht innerhalb einer Frist von sechs Monaten seit der schriftlichen Ablehnung der Ersatzleistung Klage erhoben wird und der Auftraggeber auf diese Folge hingewiesen wurde.

Das Recht, die Einrede der Verjährung geltend zu machen, bleibt unberührt. Die Sätze 1 bis 3 gelten auch bei gesetzlich vorgeschriebenen Prüfungen mit gesetzlicher Haftungsbeschränkung.

(1) Eine nachträgliche Änderung oder Kürzung des durch den Wirtschaftsprüfer geprüften und mit einem Bestätigungsvermerk versehenen Abschlusses oder Lageberichts bedarf, auch wenn eine Veröffentlichung nicht stattfindet, der schriftlichen Einwilligung des Wirtschaftsprüfers. Hat der Wirtschaftsprüfer einen Bestätigungsvermerk nicht erteilt, so ist ein Hinweis auf die durch den Wirtschaftsprüfer durchgeführte Prüfung im Lagebericht oder an anderer für die Öffentlichkeit bestimmter Stelle nur mit schriftlicher Einwilligung des Wirtschaftsprüfers und mit dem von ihm genehmigten Wortlaut zulässig.

(2) Widerruft der Wirtschaftsprüfer den Bestätigungsvermerk, so darf der Bestätigungsvermerk nicht weiterverwendet werden. Hat der Auftraggeber den Bestätigungsvermerk bereits verwendet, so hat er auf Verlangen des Wirtschaftsprüfers den Widerruf bekanntzugeben.

(3) Der Auftraggeber hat Anspruch auf fünf Berichts-ausfertigungen. Weitere Ausfertigungen werden besonders in Rechnung gestellt.

(1) Der Wirtschaftsprüfer ist berechtigt, sowohl bei der Beratung in steuerlichen Einzelfragen als auch im Falle der Dauerberatung die vom Auftraggeber genannten Tatsachen, insbesondere Zahlenangaben, als richtig und vollständig zugrunde zu legen; dies gilt auch für Buchführungsaufträge. Er hat jedoch den Auftraggeber auf von ihm festgestellte Unrichtigkeiten hinzuweisen.

(2) Der Steuerberatungsauftrag umfaßt nicht die zur Wahrung von Fristen erforderlichen Handlungen, es sei denn, daß der Wirtschaftsprüfer hierzu ausdrücklich den Auftrag übernommen hat. In diesem Falle hat der Auftraggeber dem Wirtschaftsprüfer alle für die Wahrung von Fristen wesentlichen Unterlagen, insbesondere Steuerbescheide, so rechtzeitig vorzulegen, daß dem Wirtschaftsprüfer eine angemessene Bearbeitungszeit zur Verfügung steht.

(3) Mangels einer anderweitigen schriftlichen Vereinbarung umfaßt die laufende Steuerberatung folgende, in die Vertragsdauer fallenden Tätigkeiten:

- a) Ausarbeitung der Jahressteuererklärungen für die Einkommensteuer, Körperschaftsteuer und Gewerbesteuer sowie der Vermögensteuererklärungen, und zwar auf Grund der vom Auftraggeber vorzulegenden Jahresabschlüsse und sonstiger, für die Besteuerung erforderlicher Aufstellungen und Nachweise
- b) Nachprüfung von Steuerbescheiden zu den unter a) genannten Steuern
- c) Verhandlungen mit den Finanzbehörden im Zusammenhang mit den unter a) und b) genannten Erklärungen und Bescheiden
- d) Mitwirkung bei Betriebsprüfungen und Auswertung der Ergebnisse von Betriebsprüfungen hinsichtlich der unter a) genannten Steuern
- e) Mitwirkung in Einspruchs- und Beschwerdeverfahren hinsichtlich der unter a) genannten Steuern.

Der Wirtschaftsprüfer berücksichtigt bei den vorgenannten Aufgaben die wesentliche veröffentlichte Rechtsprechung und Verwaltungsauffassung.

(4) Erhält der Wirtschaftsprüfer für die laufende Steuerberatung ein Pauschalhonorar, so sind mangels anderweitiger schriftlicher Vereinbarungen die unter Abs. 3 d) und e) genannten Tätigkeiten gesondert zu honorieren.

(5) Die Bearbeitung besonderer Einzelfragen der Einkommensteuer, Körperschaftsteuer, Gewerbesteuer, Einheitsbewertung und Vermögensteuer sowie aller Fragen der Umsatzsteuer, Lohnsteuer, sonstigen Steuern und Abgaben erfolgt auf Grund eines besonderen Auftrages. Dies gilt auch für

- a) die Bearbeitung einmalig anfallender Steuerangelegenheiten, z. B. auf dem Gebiet der Erbschaftsteuer, Kapitalverkehrsteuer, Grunderwerbsteuer,
- b) die Mitwirkung und Vertretung in Verfahren vor den Gerichten der Finanz- und der Verwaltungsgerichtsbarkeit sowie in Steuerstrafsachen und
- c) die beratende und gutachtliche Tätigkeit im Zusammenhang mit Umwandlung, Verschmelzung, Kapitalerhöhung und -herabsetzung, Sanierung, Eintritt und Ausscheiden eines Gesellschafters, Betriebsveräußerung, Liquidation und dergleichen.

(6) Soweit auch die Ausarbeitung der Umsatzsteuerjahreserklärung als zusätzliche Tätigkeit übernommen wird, gehört dazu nicht die Überprüfung etwaiger besonderer buchmäßiger Voraussetzungen sowie die Frage, ob alle in Betracht kommenden umsatzsteuerrechtlichen Vergünstigungen wahrgenommen worden sind. Eine Gewähr für die vollständige Erfassung der Unterlagen zur Geltendmachung des Vorsteuerabzuges wird nicht übernommen.

(1) Der Wirtschaftsprüfer ist nach Maßgabe der Gesetze verpflichtet, über alle Tatsachen, die ihm im Zusammenhang mit seiner Tätigkeit für den Auftraggeber bekannt werden, Stillschweigen zu bewahren, gleichviel, ob es sich dabei um den Auftraggeber selbst oder dessen Geschäftsverbindungen handelt, es sei denn, daß der Auftraggeber ihn von dieser Schweigepflicht entbindet.

(2) Der Wirtschaftsprüfer darf Berichte, Gutachten und sonstige schriftliche Äußerungen über die Ergebnisse seiner Tätigkeit Dritten nur mit Einwilligung des Auftraggebers aushändigen.

(3) Der Wirtschaftsprüfer ist befugt, ihm anvertraute personenbezogene Daten im Rahmen der Zweckbestimmung des Auftraggebers zu verarbeiten oder durch Dritte verarbeiten zu lassen.

Kommt der Auftraggeber mit der Annahme der vom Wirtschaftsprüfer angebotenen Leistung in Verzug oder unterläßt der Auftraggeber eine ihm nach Nr. 3 oder sonstwie obliegende Mitwirkung, so ist der Wirtschaftsprüfer zur fristlosen Kündigung des Vertrages berechtigt. Unberührt bleibt der Anspruch des Wirtschaftsprüfers auf Ersatz der ihm durch den Verzug oder die unterlassene Mitwirkung des Auftraggebers entstandenen Mehraufwendungen sowie des verursachten Schadens, und zwar auch dann, wenn der Wirtschaftsprüfer von dem Kündigungsrecht keinen Gebrauch macht.

(1) Der Wirtschaftsprüfer hat neben seiner Gebühren- oder Honorarforderung Anspruch auf Erstattung seiner Auslagen; die Umsatzsteuer wird zusätzlich berechnet. Er kann angemessene Vorschüsse auf Vergütung und Auslagenersatz verlangen und die Auslieferung seiner Leistung von der vollen Befriedigung seiner Ansprüche abhängig machen. Mehrere Auftraggeber haften als Gesamtschuldner.

(2) Eine Aufrechnung gegen Forderungen des Wirtschaftsprüfers auf Vergütung und Auslagenersatz ist nur mit unbestrittenen oder rechtskräftig festgestellten Forderungen zulässig.

(1) Der Wirtschaftsprüfer bewahrt die im Zusammenhang mit der Erledigung eines Auftrages ihm übergebenen und von ihm selbst angefertigten Unterlagen sowie den über den Auftrag geführten Schriftwechsel zehn Jahre auf.

(2) Nach Befriedigung seiner Ansprüche aus dem Auftrag hat der Wirtschaftsprüfer auf Verlangen des Auftraggebers alle Unterlagen herauszugeben, die er aus Anlaß seiner Tätigkeit für den Auftrag von diesem oder für diesen erhalten hat. Dies gilt jedoch nicht für den Schriftwechsel zwischen dem Wirtschaftsprüfer und seinem Auftraggeber und für die Schriftstücke, die dieser bereits in Urschrift oder Abschrift besitzt. Der Wirtschaftsprüfer kann von Unterlagen, die er an den Auftraggeber zurückgibt, Abschriften oder Fotokopien anfertigen und zurückbehalten.

Für den Auftrag, seine Durchführung und die sich hieraus ergebenden Ansprüche gilt nur deutsches Recht.